

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Monatliche Beilage: „Der Betriebsrat in der Holzindustrie“

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis monatlich 80 Pfennig. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Rauser, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin, SO. 18, Am Mühlischen Park 1.
Telephon: Moritzplatz 147 19, 147 20.

Inserate: Die sechszeilige Normspaltenbreite oder deren Raum 1,50 Mark, Arbeitervermittlungen 75 Pfennig, Verbandsangelegenheiten 50 Pfennig pro Zeile.

Die Produktion als Dienstleistung am Volke.

M. Die Produktion jeder Wirtschaft besteht in der mehr oder minder losen Zusammenfassung der vorhandenen Arbeitskräfte zur Erzeugung von Gütern, die zur Befriedigung der individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnisse der Menschen gebraucht werden. Ursprünglich in dem engen Rahmen der Familie, der Horde und des Stammes betrieben, hat sich die Produktion mit der Entwicklung der Gesellschaft immer weiter ausgedehnt, fortgesetzt an Umfang und Vielseitigkeit zugenommen. Während, um nur ein Beispiel anzuführen, der Bauer früher sein Haus selbst oder mit Hilfe von Nachbarn erbaute, denen er seine Arbeitskraft gegebenenfalls zu dem gleichen Zwecke zur Verfügung stellte, die Gebrauchsgegenstände für seinen Haus- und Wirtschaftsbedarf selbst anfertigte, hat er diese Tätigkeit längst aufgegeben und überläßt sie anderen, die sich ausschließlich mit solchen Arbeiten befassen, und denen sie Lebensberuf geworden ist. In der gesellschaftlichen Zusammenarbeit, an dem Austausch von Arbeitsleistung gegen Arbeitsleistung zum Zwecke der Bedürfnisbefriedigung hat sich aber auch bei der modernen Produktion nichts geändert.

Und doch besteht gegenüber dem früheren Zustand ein gewaltiger Unterschied. Die ursprüngliche Produktion diente — wenn auch unter dem Gesichtspunkte der Gegenleistung — ausschließlich den gesellschaftlichen Bedürfnissen. Ein besonderer Vorteil war damit für den Produzenten nicht verbunden. Was er anderen gab, empfing er in anderer Form in gleichem Werte zurück. In der kapitalistischen Gesellschaft ist das anders geworden. Der Zweck der Produktion ist nicht mehr in erster Linie die Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse, sondern die Erzielung von Gewinn. Das äußert sich in der Weise, daß die Kapitalisten, im Besitze der Produktionsmittel, der sie zu Beherrschern der Produktion macht, nicht darnach fragen, wie sie die Anforderungen des Warenmarktes, auf dem sich die gesellschaftlichen Bedürfnisse in der Nachfrage nach Waren melden, am besten befriedigen können, sondern wie sie diese Nachfrage am gewinnreichsten für sich auszunutzen imstande sind.

Am besten gelingt das, wenn die Produktion hinter der Nachfrage zurückbleibt, weil in diesem Falle die Preise steigen. Da aber mit den steigenden Preisen der Anreiz zur Produktion wächst und mit deren Steigerung die Preise sinken, findet unter dem ungesunden Wirken der freien Konkurrenz der Kapitalisten bald ein Ausgleich statt, der die Gewinne auf ihr durchschnittliches Niveau herabdrückt. Das ist, vom kapitalistischen Standpunkt gesehen, ein unerwünschter Zustand, den die Unternehmer nach Kräften bemüht sind, zu beseitigen. Das Mittel dazu bieten die kapitalistischen Kartelle, Syndikate, Ringe und Trusts, Vereinigungen von Produzenten und Händlern zu dem Zwecke, die Produktion der Nachfrage anzupassen, richtiger, die Produktion zur Hochhaltung der Preise und Gewinne unter der Nachfrage zu halten. Das führt zwar zum Raubbau an der Kaufkraft des Volkes und in seinen letzten Konsequenzen zum Zusammenbruch der Produktion wie der Wirtschaft. Verschärfte wird dieser Raubbau, wenn die Kapitalisten neben der Hochhaltung der Preise bestrebt sind, die Löhne der Arbeiter herunterzudrücken, und so gewaltig, auch deren Kaufkraft zu zerstören, wie es gegenüber den deutschen Arbeitern geschieht. Die Folgen zeigen sich in der gegenwärtigen Krise.

Wie unsinnig dieses Vorgehen ist und im Grunde darauf hinausläuft, daß der Kapitalismus selbst den Untergang auf dem Erbe, wurde von den Gewerkschaften schon oft genug hervorgehoben. Daß die Gewerkschaften mit ihrer Auffassung nicht allein stehen, sondern diese auch von einsichtigen Unternehmern geteilt wird, dafür bietet das oft zitierte Buch des amerikanischen Automobilkönigs Henry Ford „Mein Leben und mein Werk“ zahlreiche Belege. Nach ihm soll die Produktion Dienstleistung für die Allgemeinheit, also das Volk sein. „Kraft und Maschine“ — sagt er — „Geld und Güter sind nur insofern nützlich, als sie zur Lebensfreiheit beitragen. Sie sind Mittel zu einem Zweck. Nur Arbeit, Arbeit allein vermag Güter zu schaffen!“ Jeder Mann sollte so gestellt sein, daß sein Lebensstandard in einem angemessenen Verhältnis zu den Diensten steht, die er der Allgemeinheit verrichtet. — „Das Wohlergehen des Produzenten hängt letzten Endes auch von den Diensten ab, die er dem Volke leistet. Die Dienstleistung soll über dem Gewinne stehen. Ohne Gewinn kein ausdauerndes Geschäft, aber der Gewinn muß nicht die Basis, sondern das Resultat der Dienstleistung sein.“ Und an anderer Stelle führt er aus: „Die Erde produziert oder ist imstande, genug zu produzieren, um jedem einen anständigen Lebensunterhalt zu gewähren, nicht nur was Nahrung, sondern was auch die sonstigen Lebensgewohnheiten betrifft. — Es ist möglich, Arbeitskräfte, Produktion, Verteilung und Lohne so zu organisieren, daß alle Beteiligten ihren durch ein gütliches Verfahren bestimmten gerechten Anteil erhalten.“

Die deutschen Unternehmer haben sich durch diese wie auch andere ähnliche Äußerungen einsichtiger Volkswirt-

schafter keines Besseren belehren lassen. Sie betrachten Ford als „Eingänger“, den man nicht ernst zu nehmen brauche, und dessen Erfolge nur eine Ausnahme darstellen. Die Hinweise der Gewerkschaften auf diese Äußerungen wurden von ihnen hämisch damit beantwortet, daß Ford Gegner der Gewerkschaften sei und in seinen Betrieben sich von den Gewerkschaften nichts dreinsetzen lasse, mit ihnen nicht verhandle. Das mag richtig sein, ändert aber an der Bedeutung der von Ford vertretenen Auffassung nichts. Zumal er in seinen Betrieben nicht nur den von den Gewerkschaften geforderten Achtstundentag einhält, sondern auch seinen Arbeitern einen den gewerkschaftlichen Tariflöhnen übersteigenden Verdienst zahlt. Überdies haben die deutschen Gewerkschaftsführer gelegentlich ihrer Amerikareise festgestellt, daß es sich bei Ford keineswegs um ein Eingängertum handelt, sondern die amerikanischen Unternehmer in sehr erheblichem Umfange geistig ebenfalls auf den „Dienst an die Allgemeinheit“ eingestellt sind. Hieraus ist es vor allem zurückzuführen, daß Löhne und Preise in Amerika in einem ganz anderen Verhältnis zueinander stehen als in Deutschland und die Lebenshaltung der amerikanischen Arbeiter eine wesentlich höhere ist.

Selbsterklärend kann keine Rede davon sein, daß die amerikanischen Unternehmer weltfremde Ideologen sind, deren soziales Gefühl sich dagegen sträubt, die Arbeiter nur als Ausbeutungsobjekte zu betrachten, weshalb sie ihnen ein Anrecht auf ein menschenwürdiges Dasein einräumen. Das trifft nicht einmal bei Ford zu. Die amerikanischen Unternehmer sind vielmehr in ihrer Mehrzahl nichts anderes als smarte Geschäftsleute, die ihren Vorteil wahrzunehmen wissen und diesen mit aller Energie verfolgen. In einem sind sie aber den deutschen Unternehmern weit voraus, indem sie über der gegenwärtigen Zeit entsprechende volkswirtschaftliche Kenntnisse verfügen, die ihren kapitalistischen Kollegen in Deutschland nahezu völlig abgehen. Was die amerikanischen Unternehmer bei der Leitung der Produktion als „Dienst am Volke“ betätigen, ist gar nichts Besonderliches, sondern deckt sich durchaus mit den Lehren, wie sie in den Anfängen des Kapitalismus von Adam Smith vertreten wurden, der von der kapitalistischen Entwicklung Glück und Wohlstand für alle Menschen erhoffte. Die deutschen Unternehmer haben seine Lehren freilich bald zum alten Eisen geworfen, weil sie ihnen nicht in den Kram paßten und sie sich von der durch moralische Rücksichten unbeeugten Ausbeutung der Arbeiter und Verbraucher größere Vorteile versprachen.

Auf diesem Standpunkt verharren sie noch, und freiwillig werden sie ihn nicht aufgeben. Nur der unwiderstehliche Zwang der wirtschaftlichen Entwicklung kann sie dazu bewegen, die Produktion zu dem werden zu lassen, was sie sein soll: „Dienst am Volke.“ Nach Ansicht der Kapitalisten durch die Kartellierung und Verbrüderung der Produktion die Macht, die Masse der Arbeiter und Verbraucher in Abhängigkeit zu halten und für seine Ausbeutungszwecke zu mißbrauchen. Allein der dadurch geschaffene Zustand wird in seiner Widersinnigkeit immer offener. Die Wirtschaft entwickelt sich dabei nicht aufwärts, sondern rückwärts. Mit der zunehmenden Verelendung der Massen, dem Wachsen der Arbeitslosigkeit, die nur eine Folge dieses Systems sind, muß es sich als mit der Aufrechterhaltung und Fortführung einer vernünftigen Wirtschaft als unerträglich erweisen. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter haben das erkannt. Sie treten der kapitalistischen Ausbeutung und dem Mißbrauch der Produktion zur Vereinerung einzelner mit aller Entschiedenheit entgegen. Sie fordern die Gleichberechtigung der Arbeit, den ihr zustehenden Anteil zur Fristung eines menschenwürdigen Daseins für alle, die arbeiten wollen. Und die trotz aller wirtschaftlichen Rückschläge wachsende Stärke der Gewerkschaften muß schließlich dahin führen, den gegenwärtigen Mißbrauch der Produktion aufzuheben, sie den Bedürfnissen der Allgemeinheit unterzuordnen.

Die Berufsgenossenschaft der Musikinstrumentenindustrie.

Nach dem vom Vorstand der Musikinstrumentenindustrie erstatteten Verwaltungsbericht umfaßte die Berufsgenossenschaft im Jahre 1925 1704 Betriebe mit 67 492 beschäftigten Personen. Gegenüber dem Jahre 1924 bedeutet das eine Zunahme der Betriebe um 22 und eine Verminderung der Zahl der Beschäftigten um 579. Ein besserer Maßstab als die Zahl der in den Lohnaufstellungen geführten Personen ist die der Vollarbeiter, wobei je 300 Arbeitstage als ein Vollarbeiter gezählt werden. Hier ergibt sich eine nicht unerhebliche Steigerung von 40 560 im Jahre 1924 auf 42 943 im Jahre 1925. Die Zahl der Betriebe wie die der Beschäftigten ist ganz bedeutend höher als vor dem Kriege. In fortgesetzter Steigerung war bis zum Jahre 1913 die Zahl der Betriebe auf 1501, die der Vollarbeiter auf 38 556 angewachsen. Zu berücksichtigen ist hierbei, daß die Musikinstrumentenindustrie eine ganze Reihe sehr unterschiedlicher Berufszweige umfaßt; aus den Berichten der Berufsgenossenschaft ist aber nicht zu erkennen, welche Zweige Änderungen erfahren haben.

Den Beschäftigungsgrad in den hauptsächlichsten Zweigen der Industrie bezeichnet der Bericht für die erste Hälfte des Jahres 1925 als befriedigend, am Ende des Berichtsjahres war er aber katastrophal geworden. Der Hinweis des Berichts auf die starke Steigerung der wirklich gezahlten Löhne und Gehälter ist nach den mitgeteilten Zahlen begründet. Die Summe ist von 58,9 Millionen im Jahre 1924 auf 82,6 Millionen im Jahre 1925 gestiegen. Daß diese Steigerung zum größten Teil eine Folge der Zunahme der Einzellöhne ist, wie im Bericht gesagt ist, dürfte zutreffen. Die Löhne, die in der Inflationszeit weit zurückgeblieben waren, hatten sich eben im Jahre 1924 noch nicht genügend erholt. Überdies lassen sich aus der summarischen Lohnangabe keine Schlüsse auf die Einzellöhne ziehen, die sehr starke Unterschiede aufweisen. Sehr unangenehm wurde die Berufsgenossenschaft von der Wirkung des zweiten Gesetzes über Änderungen in der Unfallversicherung vom 14. Juli 1925 betroffen. Dadurch ist die Summe der Unfallentschädigungen, die im Jahre 1924 nur 130 973 M. betragen hatte, im Jahre 1925 auf 328 671 gestiegen.

Bei der Besprechung der Auswirkung des genannten Gesetzes hält es der Vorstand für notwendig, auszusprechen, daß die Berufsgenossenschaft weit davon entfernt ist, unsozialen Gedankengängen nachzugehen. Würde man diesen Satz nicht gedruckt im Bericht lesen, dann könnte man in der Tat auf andere Gedanken kommen. Gleich danach ist die Entschädigung des Verbandes der deutschen Holzberufsgenossenschaften abgedruckt, dem auch die Berufsgenossenschaft der Musikinstrumentenindustrie angeschlossen ist. Diese Entschädigung ist eine Entschädigung gegenüber den Mitgliedern wegen der Höhe der geforderten Beiträge, und sie macht dem Reichstag Vorwürfe wegen der Beschlüsse, die er im Interesse der Unfallverletzten gefaßt hat. Er hat dabei die Vorschläge der Berufsgenossenschaften nicht genügend beachtet, die, weit davon entfernt, unsozialen Gedankengängen nachzugehen, gefordert hatten, die Bestimmungen, die sie als Leichtverletzte bezeichnen, in der Entschädigung besonders ungünstig zu stellen und die kleinen Renten ganz zu beseitigen.

Die Klage über die schwere Belastung durch die Unfallentschädigung läßt sich erst richtig wärdigen, wenn man die Einzelnachweisungen über die aufgewendeten 328 671 M. betrachtet. Der Hauptteil mit 188 428,91 M. entfällt auf Renten an Verletzte. In die Summe teilen sich 1190 Verletzte. Die Jahresrente beträgt also im Durchschnitt auf den Kopf 158,34 M. Ebenso geringfügig erscheinen die übrigen Aufwendungen, wenn man sie auf den Kopf des Verletzten zurückführt. Die Behandlung der nicht in Heil- und Genesungsanstalten untergebrachten Verletzten erforderte auch den Kopf 97,20 M., das erhöhte Krankengeld 20,06 M., die Krankenpflege 120,51 M., 269 Verletzte, die 20 Prozent der Vollrente und weniger bezogen haben, wurden mit 82 022,99 M. abgefunden, auf den Kopf ergibt das 304,92 M. Für vier gefotete Versicherte wurden 332,54 M., auf den Kopf also 83,13 M. Sterbegeld gezahlt. 76 Witwen Erbtöchter erhielten im Durchschnitt eine Jahresrente von 314,04 M., 31 Kinder durchschnittlich je 241,36 M. um. Die Leistungen der Unfallversicherung sind also sehr bescheiden. Das muß immer wieder betont werden, damit die Versicherten auch daraus einen Ansporn gewinnen, Unfälle nach Möglichkeit zu verhüten, um den Wohltaten der Unfallversicherung zu entsagen.

Die Zahl der Unfälle hat im Jahre 1925 wieder eine beträchtliche Steigerung erfahren. Gemeldet wurden 1601 Unfälle oder 37,28 auf 1000 Vollarbeiter, im Jahre 1924 waren es 29,81. Als entschädigungspflichtig wurden 188 Unfälle anerkannt, das sind 4,38 auf 1000 Vollarbeiter gegen 3,16 im Jahre 1924. Unter den Verletzten waren 13 weibliche und 7 jugendliche Arbeiter. In 4 Fällen hatte der Unfall den Tod des Verletzten zur Folge, in 184 Fällen wurde teilweise Erwerbsunfähigkeit angenommen. Unter diesen Verletzten befanden sich 49, denen bis zum Jahreschluss die Rente wieder entzogen war. Eine Rente bis zu 25 Prozent erhielten 105 Verletzte. Ob die Verabredung der Renten lediglich durch die Geringfügigkeit der Verlesung veranlaßt war und inwiefern das Streben mitwirkte, die Laster der Berufsgenossenschaft zu erleichtern, läßt sich aus den mitgeteilten Zahlen allein nicht beurteilen.

Der Bericht der technischen Aufsichtsbereameien führt die starke Zunahme der Unfälle auf die laufend erfolgte Vermehrung der Holzbearbeitungsmaschinen zurück. Dem wird hinzugefügt, daß bei einer Reihe von Maschinenunfällen, besonders aber bei den gelegentlich der Handreichungen im Betrieb erfolgten Verletzungen, die Unfallmeldungen häufig große Lässigkeit der Versicherten erkennen lassen. Diesen Satz aus dem Bericht der Aufsichtsbereameien hält der Vorstand der Berufsgenossenschaft für so wichtig, daß er ihn in seinem Verwaltungsbericht wiederholt. Wir haben oft genug den Maschinenarbeitern geraten, die größte Aufmerksamkeit auf die Unfallverhütung zu richten, und wissen, daß gegen diese Pflicht öfters verstoßen wird, aber diesen Satz des technischen Aufsichtsbereameien können wir doch nicht ohne Widerspruch hinhinnehmen. Was sind das für Unfälle gelegentlich der Handreichungen

im Betrieb? Solche „Vandereicherungen“ werden wohl nicht vom gewöhnlichen Maschinenarbeiter, sondern von Leuten ausgeführt, die eigentlich an der Maschine nicht beschäftigt werden sollten. Und aus den Unfallmeldungen sei die große Unachtsamkeit der Versicherten zu erkennen. Wer erstattet denn diese Unfallmeldungen? Sie werden doch wohl von dem Unternehmer oder seinem Vertreter erstattet, der dafür verantwortlich ist, daß keine ungeeigneten Arbeiter an den Maschinen beschäftigt werden, und daß bei der Arbeit die Unfallverhütungsvorschriften die nötige Beachtung finden. Es ist ganz bezeichnend, daß in solchen Meldungen die Schuld an dem Unfall, wenn irgend möglich, allein dem Arbeiter zugeschoben wird. Das könnten auch die Organe der Berufsgenossenschaft wissen, und sie sollten es vermeiden, aus den Unfallmeldungen allein Schlüsse auf die Schuldfrage zu ziehen.

Von den 1881ichen Unfällen scheint besonders einer bemerkeuswert, der einen 20jährigen Maschinenarbeiter betraf. Er hatte Erlenholzleisten an der Kreissäge geschnitten. Eine Leiste wurde zurückgeschleudert; sie traf den Arbeiter so schwer am Leib, daß er infolge der erlittenen inneren Verletzungen am folgenden Tage starb. Dieser Unfall hätte sich unseres Erachtens verhüten lassen durch Benutzung der am Anschlag zu befestigenden Rückschlagfederung. Einige der mitgeteilten Unfälle lassen aber auch große Unachtsamkeit des Verletzten erkennen. So suchte ein Arbeiter, der auf der Dickenmaschine 17 Millimeter starke Leisten hobelte, das Holz mit der Hand nachzuschieben. Er wurde von der Rißwalze erfaßt und hat den Verlust der linken Hand zu beklagen. Ein anderer ließ den Schraubenschlüssel, mit dem er die Lager der Dickenhobelmaschine nachgezogen hatte, auf der Maschine liegen. Als diese in Gang gesetzt wurde, wurde der Schlüssel von der Welle erfaßt, er zertrümmerte die Schutthaube, von der Seite dem Arbeiter gegen die Brust floß er und Quetschungen verursachte. Unachtsamkeit muß auch dem Pianoreparateur nachgelagt werden, der das Filzmesser an der Schneide festhielt und sich dabei die Fingergelände des rechten Daumens durchschnitt. Ein Polierer wusch sich nach Schluß der Arbeitszeit Hände und Arme mit Spiritus. Er kam einer Flamme zu nahe, so daß die Arme Feuer fingen. Da er wohl um das Feuer zu erlöchen, die Hände zwischen die Beine steckte, fing auch die Kleidung Feuer, und die Folge waren schwere Verbrennungen.

Von den Anordnungen, die von den technischen Aufsichtsbeamten getroffen wurden, bezogen sich auffällig viele auf die Anschaffung von Verbandstoffen und die Ergänzung des Verbandmaterials. Bei den Revisionen wurden außer dem Unternehmer oder seinem Stellvertreter, die den Beamten stets begleiteten, in größeren Betrieben auch die Betriebsvertreterungen zugezogen. „Mittlere und kleinere Betriebe wurden vielfach ohne jede Betriebsvertretung getroffen.“ Das ist ein Vorwurf, der zu denken gibt. Die Arbeiter sollten das schwer erkämpfte Recht auf eine Betriebsvertretung besser wahren. Wenn weiter erwähnt wird, daß in einigen Fällen die Begleitung des residierenden Beamten abgelehnt wurde mit dem Hinweis auf die Ausführung von Nacharbeit, dann ist diese Haltung der betreffenden Arbeiter höchst erklärlich. Es muß verlangt werden, Vorsorge zu treffen, daß dem Betriebsvertreter aus solcher Wahrnehmung seiner Pflichten kein Lohnausfall erwächst.

Bemerkenswert ist die Feststellung, daß in mehreren Fällen an neu gelieferten Maschinen mangelhafte Schutzvorrichtungen angetroffen wurden. Bei der Befichtigung von Maschinen und Ausstellungen war die Zahl der notwendigen Anordnungen niedriger als früher. Als auch auf solchen Veranstaltungen werden immer noch ungenügend geschützte Maschinen zur Schau gestellt. Solche Feststellungen sind wertvoll angesichts des Hofes, das von interessierter Seite in so reichem Maße der Arbeitsgemeinschaft für Unfallverhütung gewollt wird. Der Genossenschaftsvorstand bringt in seinem Bericht den § 118 der Unfallverhütungsvorschriften

in Erinnerung, der die Unternehmer verpflichtet, bei Anschaffung von Maschinen vorzuschreiben, daß die vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen mitgeliefert werden. Der mit dieser Vorschrift verfolgte Zweck würde besser erreicht, wenn wir ein Maschinenschutzgesetz hätten. Es ist reichlich intonsequent, auf diese Bestimmungen der Unfallverhütungsvorschriften hinzuweisen und gleichzeitig ein Gesetz zu beschließen, welches die Maschinenlieferanten verpflichtet, mit den Maschinen auch die nötigen Schutzvorrichtungen zu liefern.

Zum Schluß sei noch der dem Bericht der technischen Aufsichtsbeamten beigegebene Vorschlag erwähnt, der neue Schutzvorrichtungen in Wort und Bild beschreibt. Besondere Aufmerksamkeit wird hier der Rückschlagfederung an der Dickenmaschine gewidmet. Es ist zu begrüßen, daß auf die Ausstattung auch der vorhandenen Maschinen mit einer solchen Schutzvorrichtung Wert gelegt wird.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Die Wochenhilfe.

Durch das jetzt veröffentlichte zweite Gesetz über Abänderung des zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung vom 9. Juli 1926 werden die Bestimmungen über die Wochenhilfe einer Änderung unterzogen. Anspruch auf Wochenhilfe haben, wie seither, weibliche Versicherte, die in den letzten zwei Jahren vor der Niederkunft mindestens zehn Monate hindurch, im letzten Jahre aber mindestens sechs Monate auf Grund der Reichsversicherung gegen Krankheit versichert waren. Als Wochenhilfe wurde nach den seitherigen Bestimmungen gewährt: ärztliche Behandlung, falls solche bei der Entbindung oder bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich wird. Dabei bleibt es auch weiterhin. Während aber bisher ein einmaliger Beitrag von 25 M. zu den Kosten der Entbindung gewährt wurde, wovon die Versicherte die Hebamme selbst zu bezahlen hatte, trägt nach der neuen Vorschrift die Kasse die Kosten der Hebammenhilfe sowie für Arznei und kleinere Heilmittel. Bisher schon konnte der Vorstand der Kasse einen dahingehenden Bescheid fassen, jetzt ist aber die Vorschrift zwingend für alle Krankenkassen. Neben dieser Naturalleistung erhält die Wöchnerin einen einmaligen Beitrag zu den sonstigen Kosten der Entbindung in Höhe von 10 M., und wenn keine Entbindung stattgefunden hat, zu den Kosten bei Schwangerschaftsbeschwerden von 6 M.

Das Wochenlohn in Höhe des Krankengeldes, doch mindestens 50 Pf. täglich, für vier Wochen vor und sechs zusammenhängende Wochen nach der Entbindung wird wie seither gewährt. Hier tritt eine Besserung insofern ein, als die folgende neue Vorschrift in das Gesetz aufgenommen wurde: Die Dauer des Wochenlohnbezuges vor der Entbindung wird auf zwei weitere Wochen erstreckt, wenn die Schwangere während dieser Zeit keine Beschäftigung gegen Entgelt ausübt und vom Arzt festgestellt wird, daß die Entbindung voraussichtlich innerhalb sechs Wochen stattfinden wird. Trifft sich der Arzt bei der Berechnung des Zeitpunktes der Entbindung, so hat die Schwangere gleichwohl Anspruch auf das Wochenlohn von dem in dem ärztlichen Zeugnis angenommenen Zeitpunkt bis zur Entbindung. Das Wochenlohn für die Zeit vor der Entbindung wird jeweils sofort, nicht erst mit dem Tage der Entbindung fällig.

Außer dem Wochenlohn erhalten Wöchnerinnen, die stillen, ein Stillgeld in Höhe des halben Krankengeldes, aber mindestens 25 Pf. täglich, bis zum Ablauf der 12. Woche nach der Entbindung. Durch die Kassenfassung kann die Dauer des Wochenlohnbezuges auf 13, die des Stillgeldbezuges auf 26 Wochen erweitert und der einmalige Entbindungskostenbeitrag von 10 M. bis zu 25 M. erhöht werden.

Die Wochenhilfe wird auch, wie seither, den nicht-versicherten Ehefrauen, Töchtern, Stief- und Pflege-töchtern der Versicherten gewährt, welche mit diesen in häuslicher Gemeinschaft leben. Die Kosten für diese Wochen-

hilfe wurde bisher den Krankenkassen zur Hälfte vom Reich erstattet. Jetzt zahlt das Reich den Kassen einen Zuschuß von 50 M. für jeden Entbindungsfall. Erwähnenswert ist noch, daß die Gebühren für alle Verrichtungen der Hebammen von der Behörde festgelegt werden. Den festgesetzten Betrag haben die Krankenkassen unmittelbar an die Hebammen zu zahlen. Die Hebamme ist nicht berechtigt, weitergehende Ansprüche an die Krankenkassen zu stellen. Die neuen Bestimmungen treten mit dem 1. Oktober in Kraft.

Die Fluktuation der Arbeitslosen.

Der ungeheuer hohe Stand der Arbeitslosigkeit, der schon so lange anhält, hat es nicht vermocht, das Geschwätz der wissler Kreise zum Verstummen zu bringen, die in den Arbeitslosen gar zu gern den Arbeitslosen erblicken, und denen dementsprechend die öffentliche Erwerbslosenfürsorge als eine Prämie auf die Faulheit erscheint. Demgegenüber scheint es zweckmäßig, festzuhalten, wie sich der Reichsarbeitsminister über diese Frage ausgesprochen hat. Er hat an Hand einer Statistik den Nachweis geführt, daß die Arbeitslosenunterstützung die Aufnahme der Arbeit nicht verhindert hat. In seiner Reichstagsrede am 28. Juni führte der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns nach dem hienographischen Bericht aus:

„... Nun ist es falsch, aus diesen Ziffern ohne weiteres auf eine entsprechend große Zahl von langfristigen Erwerbslosen schließen zu wollen. Wohl gibt es Berufe und Bezirke, bei denen solche Schicksale eine gewisse Berechtigung haben. Ich denke da an die Angestellten, denke insbesondere auch an das Ruhrrevier, wo ja die Verhältnisse ganz besonders schwierig liegen, namentlich in dem südöstlichen Teil dieses Reviers. Im ganzen gesehen aber ist die Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt größer, als allgemein angenommen wird. Von den 473 000 Arbeitslosen am 15. November 1925 waren sechs Monate später, also am 15. Mai 1926, noch in der Unterstützung 186 000, das heißt nicht ganz 40 Prozent. Persönlich ist die neueste Ziffer. Von den 1 062 000 Hauptunterstützungsempfängern, die wir am 15. Dezember zählten, waren am 15. Juni, also wiederum ein halbes Jahr später, noch in der Unterstützung 276 000, also etwas mehr als 25 Prozent. Der Prozentsatz ist also ganz beträchtlich gesunken. Wir würden nach dem Gesagten am kommenden 15. November nur dann 186 000 Neuausgetretene zu verzeichnen haben, wenn von diesen 186 000 vom 15. Mai bis zum November niemand mehr in Arbeit gekommen wäre oder kommen würde.“

Aus diesen Feststellungen folgt meines Erachtens zweierlei. Einmal, daß die Arbeitslosenunterstützung — immer von Einzelfällen abgesehen, die bei einer so großen Masse natürlich immer vorkommen können — die Aufnahme der Arbeit im allgemeinen nicht verhindert hat. (Sehr richtig! in der Mitte.) Deshalb durfte und mußte sich die Reichsregierung auch zur Fortführung der gegenwärtigen Unterstützung in ihrer Art und Höhe bereit finden. Weiterhin aber folgt aus dieser Statistik, daß eine besondere Fürsorge für die Ausgetretenden, deren Zahl im Spätjahr immerhin beträchtlich sein muß, unbedingt erforderlich ist und rechtzeitig vorbereitet werden muß.“

Daß diese Ausführungen dazu führen werden, diejenigen zum Schweigen zu bringen, welche die öffentliche Erwerbslosenfürsorge als angebliche Prämie auf die Faulheit bekämpfen, ist kaum anzunehmen, denn diese sogenannten Sozialpolitiker wollen sich nicht belehren lassen. Andererseits werden aber diejenigen, welche die Dinge nüchtern betrachten, den Reichsarbeitsminister mit seinem Versprechen der Unterstützung der Ausgetreteten beim Wort nehmen.

Feuer- und Sachversicherungs-Alt.-Ges. „Eigenhilfe“.

Die von den Genossenschaften unter Mitwirkung der Gewerkschaften ins Leben gerufene Feuer- und Sachversicherungs-Altien-Gesellschaft hat unter dem Namen

Wie kommt man zu seinem Beruf?

Werkmäßig und wunderbar sind die Wege, die manchmal zur Wahl eines Berufes führen. Wenn es mit rechten Dingen an dieser Erde zugehen würde, so müßte jeder Mensch zu der Beschäftigung kommen, die ihm zuzufallen. Es ist kein letztes Wort, wenn behauptet wird, jeder Mensch eigne sich für eine bestimmte Arbeit. Wenn er an diese Arbeit geht, wird es leichter er sie mit voller Hingabe, Gewissenhaftigkeit, Erfahrungsvollen vorliegen, wird diese Behauptung voll und ganz bestätigt.

Wie kommt nun heute ein junger Mensch zu einem bestimmten Beruf? Um einmal etwas Näheres über diese Frage zu hören, hat die Schriftleitung unseres Jugendblattes unter den jugendlichen Lesern eine Umfrage veranstaltet. Zahlreich und die verschiedensten gewesen, die ein-gekommen sind. In einfachen schlichten Worten schildern die Jugendlichen, welche Beweggründe oder Zufälligkeiten maßgebend waren, daß sie gerade in den Beruf hineinkamen, in dem sie heute sitzen. So schreibt ein Holzschleifer, wie es immer schon sein Wunsch war, Holzschleifer oder Tischler zu werden. Seitens als neunjähriger Schüler schenkte er einem verfertigte kleine Laubhütchenarbeiten und ging dann zu dem sogenannten Arbeitshilfsarbeiten über. Als es nun so weit war, den Lebensberuf zu wählen, da gingen Vater und Sohn auf die Suche nach einer Lehrstelle. Aber werden nach viel Zeit vorhanden war, gab es in der Gegend keine Lehrstelle mehr. Es war bereits alles besetzt. Da rief ein großes Industrieunternehmen, in der Schloßerei verlangte wurden. Die Eltern redeten dem Jungen zu, er solle sich die Sache überlegen. Schloßer ist ein schöner Beruf, und er habe viele Aufstiegschancen. Der alte Mann aber ein Schloßer auch viel Geld. Unter Freund ließ sich überreden und trat als Schloßlehre an. Vom ersten Tage an fühlte er sich bei der Arbeit nicht wohl. Trotzdem hielt er es über zwei Jahre aus, der Schloßerei Bewandigkeit und dem Pflichtgefühl halber.

In den freien Stunden beschäftigte er sich aber um so mehr mit der geliebten Schloßerei. Da brachte ein Tag ein Bescheid, eine Werbung. Durch diese Werbung wurde er auf den Holzschleiferberuf aufmerksam und Holz-

schleifer zu werden. Die Eltern waren entsetzt und der Lehrmeister verwundert, weil er seinem Lehrling keine Lust angemerkte hatte und ihm ein denkbar bestes Zeugnis gab. Er war trotzdem sofort bereit, dem Wunsch unseres Freundes zu entsprechen und ihn von den übernommenen Vertragspflichten zu entbinden. Ein guter Freund riet, eine bekannte Holzschleiferschule zur Ausbildung zu benutzen. Da jedoch Mittel nicht vorhanden waren und Freistellen nicht zur Verfügung standen, so scheiterte auch dieser Plan. Doch endlich gelang es nach vieler Mühe, einen tüchtigen Meister zu finden. Begeistert schrieb er über die Befriedigung, die ihm sein neuer Beruf bereitet. Auch die verfehlte Schloßerei war nicht umsonst. Bekanntlich muß jeder Bildhauer sein eigenes Werkzeug halten. Er war nun in der Lage, sich Bildhauerarbeiten selbst herzustellen. Stolz ist er auf die 40 Eichen, die selbstgefertigte sind.

Ein anderer Jugendlicher, der ebenfalls für Schloß- und Holzarbeiten seit frühester Jugend Interesse gehabt hatte, schildert, wie er Elektromonteur werden wollte, weil die Mutter wollte für ihren Sohn etwas Besseres. Er sollte Kaufmann werden. Interessant ist die Schilderung des Handelsbetriebes, der seine Lehrstätte war. Zunächst waren etwa zwanzig Angestellte kaum vorhanden. Alle Posten waren von Lehrlingen besetzt. Es waren vorhanden 4 Lehrlinge im ersten Lehrjahr, 3 Lehrlinge im zweiten Lehrjahr und 5 Lehrlinge im dritten Lehrjahr. Selbstverständlich mußten alle Reinigungsarbeiten, Packarbeiten, Transportarbeiten von den Lehrlingen ausgeführt werden. Die meisten Eltern kümmerten sich gar nicht um den Betrieb. Sie glaubten nach beendeter Lehrzeit einen tüchtigen Kaufmann in ihrem Sohn zu finden. Unter Freund konnte jedoch keine Eltern von der Nutzlosigkeit dieser Lehre überzeugen. Er schied aus diesem Grunde aus. Doch was nun? Als Mitglied eines Mandolinenkubs war er mit dem Dirigenten dieses Kubs, einem Holzschleifer, bekannt. Die Privatarbeiten dieses Kubs wiesen ihm den Weg zu seinem Beruf, den er nun mit vielem Fleiß und großem Interesse erlernt.

Ein Modellschleiferlehrling schreibt: Welches Handwerk sollte ich erlernen? Berufe, bei denen man ruhig und still wird, kommen gar nicht in Betracht. Das Federhandwerk ist zu gewöhnlich, das Messerhandwerk zu roh. Steinnagel-

oder ein gewöhnlicher Maler wollte er auch nicht werden, obwohl er gut zeichnen und malen kann. Also wurde er Modellschleifer, weil am Orte eine große Maschinenfabrik sich befand. Doch sein geheimer Wunsch ist, Künstler zu werden. Eine Ausstellung von Arbeiten der Mitarbeiter des „Simulziffimus“ gab die Anregung. Eine gutgelungene Karikatur auf den Krieg lag seiner Schilderung bei.

Ein Jugendlicher suchte einen Beruf, der ihm sichere Existenz und annähernde Befriedigung verschaffe. Mit Hilfe des Berufsberaters kam er zum Bildhauerberuf. Doch hat er heute wegen der sehr traurigen Lage, besonders im Bildhauergewerbe, Beklemmungen.

Weil er als Junge gern in der Tischlerwerkstatt saß und es auf ihn Eindruck machte, wie ein Möbelstück entstand, so lernte ein anderer Jugendlicher Tischler. Besonders anziehend war für ihn die Lustigkeit der Gesellen, die bei der Arbeit fröhlich ein Lied piffen. Allerdings meint er heute, es sei nicht alles Gold, was glänzt.

Schloßer wollte ein weiterer Jugendlicher werden, doch die Mutter hatte Angst vor der schmutzigen Wäsche, die ein Schloßer nach Hause bringt. Sie besorgte ihm daher eine Stelle als Schneiderlehrling. Doch ein Schlosserackelle, der der Mutter etwas von dem Sieg der Technik erzählte, stimmte diese um, und der Junge kam in die Schlosserlehre. Nach vier Wochen war die Herrlichkeit jedoch zu Ende. Weil der Lehrbetrieb sich als ungeeignet erwies. Eine Frau aus der Bekanntschaft schlug nun die Tischlerlehre vor, und in dieser sieht nun unser Freund. Wie er schreibt, hat er sich nun in diese Sache geschickt und hofft, durch guten Willen etwas Nützliches zu werden.

Diese wenigen Beispiele aus dem reichhaltigen Material bieten ein interessantes Bild über die für jeden Menschen so wichtige Frage. Nur wenigen glückt es, einen befriedigenden Beruf zu finden. Bei der Berufswahl sind immer noch ausschlaggebend die Gründe nebenfachlicher Natur, während Veranlagung, Begabung und Lust nicht berücksichtigt werden. Por dem modernen Berufsberater hat die große Aufgabe, in das einzelne Menschenschicksal einzugreifen, zu beraten und eine Lösung zu finden. Unter Aufgabe wird es sein müssen, dem Berufsberater im Interesse des jungen Menschen in jeder Beziehung fördernd zur Seite zu stehen.

„Eigenhilfe“ ihre Tätigkeit aufgenommen. Die Vertretung der „Eigenhilfe“ ist von der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg übernommen worden. Die Gründung der „Eigenhilfe“ ist ein bedeutendes Ereignis insofern, als sich die Arbeiterklasse auch auf dem wichtigen Gebiete der Versicherung auf eigene Füße stellt und sich vom privaten Kapital unabhängig macht. Die „Eigenhilfe“ übernimmt die Versicherung gegen Feuer, Einbruchdiebstahl usw. Aber die Notwendigkeit der Versicherung auch der bescheidenen Habe des Arbeiters braucht kein Wort verloren zu werden. Wer seinen Haushalt noch nicht gegen Feuer versichert hat, handelt ungeheuer leichtsinnig. Er muß das Perikülum schleunigst nachholen und sich bei der „Eigenhilfe“ anmelden. Aber auch jeder Arbeiter, der bei einer privaten Feuerversicherung versichert ist, sollte beim Ablauf seines Vertrages die Versicherung bei der „Eigenhilfe“ fortsetzen und so dazu beitragen, daß die Selbsthilfe der Arbeiterklasse wie auf so manchem anderen Gebiete, so auch auf dem der Versicherung sich erfolgreich betätige. Anträge auf Versicherung bei der „Eigenhilfe“ können an alle Geschäftsstellen der Konsumvereine und der Volkshilfe gestellt werden, die sie an die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine übermitteln.

Kündigungsschutz für Angestellte.

Der schlechte Geschäftsgang wird in sehr vielen Fällen von den Unternehmern als Unflak genommen, sich der älteren Angestellten zu entledigen. Die Zahl der erwerbslosen älteren kaufmännischen und technischen Angestellten ist außerordentlich groß. Eine, wenn auch nur bescheidene Hilfe für diese Kreise verspricht man sich von dem Beschluß des Reichstages, welcher nun als „Gesetz über die Fristen für die Kündigung von Angestellten vom 9. Juli 1926“ veröffentlicht wird. Hiernach darf ein Unternehmer, der in der Regel mehr als zwei Angestellte ausschließlich der Lehrlinge beschäftigt, einem Angestellten, den er oder sein Rechtsvorgänger mindestens fünf Jahre beschäftigt hat, nur mit einer dreimonatigen Frist für den Schluß eines Kalendervierteljahres kündigen. Die Kündigungsfrist erhöht sich nach einer Beschäftigungsdauer von acht Jahren auf vier, von zehn Jahren auf fünf und von zwölf Jahren auf sechs Monate. Hierbei werden die Dienstjahre, die vor Vollendung des 25. Lebensjahres liegen, nicht berücksichtigt. Dieses Gesetz hat insofern rückwirkende Kraft, als für Kündigungen, die nach dem 15. Mai 1926 erfolgt sind, die hier vorgeschriebenen Fristen gelten.

Die Akademie der Arbeit.

Die Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt a. M. beginnt am 1. Oktober ihren sechsten Lehrgang, der bis zum 30. Juni 1927 dauert. Die Akademie hat die Aufgabe, Männer und Frauen aus dem Arbeitsleben zur verantwortlichen Mitarbeit auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, vor allem in der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Selbstverwaltung heranzubilden. Träger der Akademie der Arbeit sind das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und die Spitzenverbände der deutschen Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände. Dem neugliederigen Verwaltungsausschuß gehören dementsprechend Vertreter der Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen an. Leiter des sechsten Lehrganges ist Professor Dr. Erik Rölting. Neben ihm fungieren als hauptamtliche Dozenten Dr. Ernst Michel und Dr. Wilhelm Sturmfels; außerdem sind zahlreiche nebenamtliche Dozenten an der Akademie tätig.

Die Besetzung der Akademie erfolgt durch die beteiligten Verbände. Für die Organisationen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes trifft dessen Bildungsausschuß die Auslese auf Vorschlag der einzelnen Verbände. Wie an dem vorigen, so werden an dem sechsten Lehrgang der Akademie auch einige Mitglieder unseres Verbandes teilnehmen.

Die Amtsdauer der Beisitzer der Gewerbe- und der Kaufmannsgerichte.

Durch ein Gesetz vom 10. Juli 1926 wird bestimmt: Die Amtsdauer der am 1. April 1926 im Amte gewesenen Beisitzer der Gewerbegerichte und der Kaufmannsgerichte wird, soweit nicht inzwischen bereits Neuwahlen durchgeführt sind, bis zum Inkrafttreten eines Arbeitsgerichtsgesetzes, längstens bis zum 31. Dezember 1927, ausgedehnt.

Die 24-Stunden-Uhr.

Da schlägt es dreizehn! Dieser Ausruf der Überraschung, der zum Ausdruck bringt, daß etwas, was man für unmöglich gehalten hat, Tatsache geworden ist, wird in absehbarer Zeit seine Berechtigung verloren haben. Ob die Uhren bald dazu eingerichtet werden, daß sie auch die Stunden von 13 bis 24 schlagen, darf man allerdings bezweifeln, aber man wird die Stunden des Tages von 1 bis 24 zählen. Zunächst im amtlichen Verkehr bei Eisenbahn und Post, und zwar soll diese Zählung nach den getroffenen Vereinbarungen mit dem 15. Mai 1927, also mit der Inkraftsetzung des nächstjährigen Sommerfahrplans der Eisenbahn eingeführt werden.

Es mag zunächst ungewohnt erscheinen, wenn man statt 6 Uhr nachmittags künftig sagen wird 18 Uhr, aber man merkt sofort, daß es für die Bestimmung der Tageszeit viel einfacher ist, auf die Fingerringe von vormittags oder nachmittags zur Stundenzahl zu verzichten und statt dessen die Zählung der Tagesstunden nachts mit 1 Uhr zu beginnen und fortzuführen, so daß Mitternacht mit 24 Uhr bezeichnet wird. Abgesehen von den Erleichterungen, die das im amtlichen Verkehr bringt, fällt damit eine Quelle mitunter folgenschwerer Irrtümer beim Lesen von Fahrplänen fort. Die Vermutung, daß die 24-Stunden-Zeit ihren Weg von dem amtlichen Gebrauch bald ins bürgerliche Leben nehmen wird, ist naheliegend. Übrigens ahmt Deutschland mit der 24-Stunden-Zeit nur etwas nach, was in anderen Ländern, wie Frankreich, England, Österreich, Italien, Belgien, Schweiz, schon lange Brauch ist und sich bewährt hat.

Aus dem Verbandsleben.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsummer ist der 11. Wochensbeitrag für die Woche vom 25. Juli bis 31. Juli 1926 fällig geworden.

Berlin S. D. 16, Am Köpenicker Park 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Stuttgart (Franz Daniel zum Gedächtnis). Am 13. Juli ist unser Kollege Franz Daniel gestorben, nachdem er am 1. Mai d. J. sein siebenzigstes Lebensjahr vollendet hatte. Mit ihm ist ein Mann dahingegangen, der schon in den Anfängen unserer gewerkschaftlichen Organisation in den achtziger Jahren sich als eifriger und opferwilliger Kollege betätigt hat. In St. Coarshausen a. Rh. geboren, kam er anfangs der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts nach Stuttgart; hier hat er in über vierzigjähriger Tätigkeit der Arbeiterbewegung sein Bestes gegeben. Erst im Fachverein der Schreiner, dann in der Fachstelle des Holzarbeiter-Verbandes hat er im Laufe der Jahre die verschiedenartigsten Funktionen ausgeübt, stets getragen von dem Vertrauen der Kollegenschaft, bei der er in hohem Ansehen stand. Auch als Mitglied des Gauvorstandes hat er früher im Gau eine lebhaftige Tätigkeit entfaltet. Ebenso eifrig und opferwillig wie in seiner Gewerkschaft war Franz Daniel in der politischen Bewegung tätig. Wie dem Gewerkschaftshaus, so hat er später dem von der Sozialdemokratischen Partei errichteten Waldheim seine Kräfte gewidmet. In der Schaffung und dem Ausbau dieser Erholungsstätte der Arbeiterschaft hat er fleißig mitgearbeitet. Zum Maiestumzug 1901 übernahm Franz Daniel für die Stuttgarter Kollegen die Anfertigung der Holzarbeiterfahne, die er mit der ihm eigenen Hingabe kunstgerecht aus Hohlspannen zusammenzufügen verstand. Mit dem Fertigwerden zusammen ist sie in der zum Stuttgarter Verbandstag 1926 herausgegebenen Geschichte der Stuttgarter Holzarbeiter im Bild festgehalten. Das für den 13. November d. J. geplante 25-jährige Jubiläum hat er leider nicht mehr erleben sollen. Der in seinen gesunden Tagen rüstige und temperamentvolle Mann war schon seit 1 1/2 Jahren nahezu gelähmt und bei jeder Bewegung ganz auf die ihm gern gewährte Hilfe seiner Frau angewiesen. Von seinen Leiden hat ihn nun der Tod erlöst. Franz Daniel war ein ehrlicher, offener Charakter. Unser Verband und die Arbeiterbewegung verlieren in ihm einen temperamentvollen Kämpfer von vorbildlicher Treue. Sein Andenken wird unter uns fortleben.

Aus der Holzindustrie.

Die Stillfrage im Drechslergewerbe.

In den Berichten an die Zentralkommission der Drechsler kommt oft zum Ausdruck, daß an der allerdings recht schlechten Wirtschaftslage im Drechslergewerbe die heutige Stillrichtung die Ursache sei. Da sich solche Behauptungen immer wiederholen, ist es angebracht, sie einmal auf ihre Richtigkeit zu untersuchen.

Es ist unbestrittene Tatsache, daß von der Abwendung vom Renaissancestil, Ende der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, das Drechslergewerbe am härtesten betroffen wurde. Mit der Zeit blühte es rund zwei Drittel seines früheren Arbeitsumfanges ein, und es konnte sich trotz aller Anstrengungen volle zwei Jahrzehnte hindurch wirtschaftlich nicht erholen. Nur allgemählichste, größtenteils maschinell hergestellte Massenarbeit wurde während dieser Zeit verlangt, nach Qualitätsarbeit war keine Nachfrage. Erst in der Nachkriegszeit trat eine Besserung ein. Die wieder zur Mode gekommenen ovalen Rahmen brachten eine wesentliche Steigerung der Produktion. Dann aber auch zeigten sich schichterne Anfänge eines neuen Ausdrucksstiles für die gedrehte Form. Der ärgste Tiefstand war damit überwunden, und weiterarbeitend in der neuen Richtung, konnte das Drechslergewerbe, gestützt auf seine vollendeten Handwerks-techniken, sehr wohl um ein gutes Stück wirtschaftlich vorwärts kommen. Summa der neuzeitliche Stil, der die Form der Zweckmäßigkeit und dem gegebenen Material unterordnet, sich weiter zugunsten der Drechsler entwickelte. Die gedrehte Form, die solange verpönt war, gewann neue Freunde und Anhänger. Auch die Möbelindustrie bediente sich in steigendem Maße wieder gedrehter Einzelheiten zu dekorativen Zwecken, ohne dabei aber in die Fehler der Renaissanceperiode zu verfallen, in der das Möbel mit schwülstig gedrehtem Kram in einer Weise überladen war, die heute geradezu grotesk anmutet. Diese Auswüchse bildeten ja schließlich die tiefere Ursache dafür, daß mit dem Rückgang der sich so herausgebildet hat, gründlich aufgeräumt wurde.

Heute besitzt nun das Drechslergewerbe ein weit größeres Arbeitsgebiet als vor dem Kriege. Hierzu trug nicht allein die Produktion auf kunstgewerblichem Gebiete bei. Auch auf anderem industriellen Gebiete finden dem Drechsler mancherlei neue Arbeiten zu, zum Beispiel solche für technische Zwecke. Die Produktion steigerte sich namentlich während der Inflationszeit so stark, daß es sogar an geeigneten Drechslern mangelte.

Wenn es heute den Drechslern wieder besonders schlecht geht, so ist das nicht die Folge einer besonderen gewerblichen Notlage, sondern es ist dieser bedauerliche Zustand der allgemein schlechten Wirtschaftslage zuzuschreiben. Es ist also vollständig falsch, die moderne Stillrichtung im Kunstgewerbe als schädlich für die Drechsler zu bezeichnen. Falsch ist es auch, der früheren Stillperiode deshalb nachzutraumern, weil sie den Drechslern anheimend mehr wirtschaftliche Vorteile geboten hat. Diese Vorteile haben nicht auf Kosten der Drechslergehilfen gelegen. Sie waren gütig, gemalls nur vor längerer Arbeitslosigkeit geschützt, ihre Lohnverhältnisse aber waren recht dürftig.

Seute beßigen die Drechsler eine weit bessere Arbeitsgrundlage, die zu halten und zu befestigen eine ihrer wichtigsten Aufgaben sein sollte. Sie müssen sich unbedingt auf handwerkstrukturellem Gebiet betätigen. Vor allem muß ihr Bestreben auf eine Popularisierung der kunstgewerblichen Erzeugnisse ihres Handwerks gerichtet sein. Sie müssen verstehen, von sich reden zu machen. Dann wird sich der Absatz ihrer Erzeugnisse auch steigern und damit eine größere Ar-

beitsmöglichkeit eintreten. Durch Veranstaltung von Ausstellungen, die werbenden Charakter tragen müssen, läßt sich erfahrungsgemäß viel erreichen. Ausschlaggebend wird hierbei allerdings die jeweilige Wirtschaftslage sein und außerdem die Art und die Ausführung der ausgestellten Gegenstände.

Sind die Wahrnehmungen zutreffend, die besonders auf der Leipziger Mustermesse gemacht worden sind, so ist das Ausland an den kunstgewerblichen Erzeugnissen des Drechslers stark interessiert. Hierfür sprechen auch einige andere Tatsachen, die nicht als Einzelercheinungen zu bewerten sind. Es eröffnen sich damit für die Drechsler gute Aussichten für einen Exporthandel.

Leider scheinen diese aber von der ihnen jetzt viel günstigeren Zeit nicht überzeugt zu sein. Viele Wege sind ihnen schon gewiesen, die sicher zu einem Aufstieg ihres Handwerks führen müssen. Sie sind aber auf halbem Wege stehen geblieben und wagen sich nicht weiter. Wohl nur deshalb kommt heute noch nicht überzeugend zum Ausdruck, daß die heute herrschende Stillrichtung den Drechslern große wirtschaftliche Vorteile bietet, die auszunutzen und zu erweitern Aufgabe des Handwerks ist.

Im übrigen wird auch das Drechslergewerbe wieder gut beschäftigt sein, sobald die allgemeine Wirtschaftslage wieder normal ist. Deshalb brauchen die Drechsler um ihre Zukunft nicht zu bangen. Um so weniger, als es sich heute klar erkennen läßt, daß die gedrehte Form, die heute gewissermaßen zum Studienobjekt geworden ist, nicht sobald wieder vom Kunstgewerbe fallengelassen wird. Aber rühren müssen sich die Drechsler. Sie müssen das ihnen heute Gebotene auszunutzen verstehen und zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage alle die guten Wege beschreiten, die ihnen so oft schon aufgezeigt sind.

P. Kitzing.

Aus der Pianoforteindustrie.

Die Pianofortefabrikanten haben in dem „Verband Deutscher Pianofortefabrikanten“ eine Organisation zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen; ihre sozialpolitische Organisation ist der „Reichsverband der deutschen Klavierindustrie und verwandter Berufe“. Beide Organisationen hielten Ende Juni ihre Hauptversammlung in Koburg ab. In dem der wirtschaftlichen Organisation erstatteten Jahresbericht spiegelt sich die ohnehin bekannte ungünstige Lage der Klavierindustrie wider. Die Ausfuhr war in den ersten vier Monaten dieses Jahres etwa 42 Prozent niedriger als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres und sogar über 50 Prozent geringer als im letzten Vorkriegsjahr. Eine starke Hemmung hat die wichtige Ausfuhr nach England durch die Einführung des 33 1/2-prozentigen Wertzolles erfahren. Der Bericht gibt der Meinung Ausdruck, daß dieser englische Einfuhrzoll dem deutsch-englischen Handelsvertrage widerspreche, doch werden die Aussichten der auf Beseitigung oder wenigstens Herabminderung dieses Zolles gerichteten Bemühungen sehr pessimistisch beurteilt. Sehr empfindlich macht sich die Konkurrenz der durch die Frankentwertung begünstigten französischen Pianoindustrie in Dänemark und ganz besonders in Belgien bemerklich. Trotz der ungünstigen Lage des Geschäfts hat sich aber die Zahl der Pianoabtriebe im Jahre 1926 noch um 22 vermehrt. Der Bericht stellt fest, daß die Materialpreise, die bis zum September vorigen Jahres eine steigende Tendenz zeigten, seither um etwa 12 Prozent zurückgegangen sind. „In den Löhnen“, so heißt es dann im Bericht weiter, „ist gleichfalls ein Abbau eingetreten, allerdings kaum fühlbar in den tariflichen Löhnen und den darauf aufgebauten Akkordlöhnen, nach denen die Lohnberechnung unserer Verbandskalkulation vorgenommen wird. Dagegen ist es möglich gewesen, Akkordlöhne, welche unter der Einwirkung besonders günstigen Abfuges erheblich übersteigert worden sind, annähernd auf die tariflich gegebene Höhe zurückzuführen.“

Das ist eine hübsch frisierte Umschreibung der Tatsache, daß auch die Klavierfabrikanten in der Herabdrückung der Kaufkraft der Arbeiter die Rettung aus den wirtschaftlichen Nöten erblicken. Dieses Thema hat auf der Tagung des Reichsverbandes natürlich eine größere Rolle gespielt. Hier wurde von den Geschäftsführern der Bezirksverbände über die Lohn- und Arbeitsbedingungen berichtet. Der Berliner Arbeitgeberverband legte statistische Aufstellungen vor, die ein genaues Bild der Lohnentwicklung geben. Aber den Inhalt dieser Aufstellungen wird aber in dem veröffentlichten Bericht nichts mitgeteilt. Die Aussprache über die Frage, ob der vertraglose Zustand, wie er zurzeit in allen Bezirken besteht, dem Abschluß neuer Mantel- und Lohnverträge vorzuziehen sei, führte zu dem Ergebnis, es bei dem seitherigen Zustand zu belassen. „In Anbetracht der absolut ungeklärten wirtschaftlichen Verhältnisse wurde davon abgesehen, sich in der einen oder anderen Richtung festzuliegen“, heißt es in dem Bericht. In dieser Zeit des schlechten Geschäftsganges empfinden die Fabrikanten der Tarifvertrag als eine lästige Fessel bei ihrem Streben, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Es scheint ihnen noch nicht recht zum Bewußtsein gekommen zu sein, daß der Wert des Tarifvertrages stark herabgedrückt wird, wenn er nur als ein Mittel betrachtet wird, die Arbeiter an der vollen Ausnutzung einer ihnen günstigen Konjunktur zu hindern. Mit dieser Auffassung heben die Klavierfabrikanten übrigens nicht allein; die Tarifvertragsfreundschaft der Arbeiter wird dadurch nicht gerade gefördert.

Warnung vor der Reise nach Holland.

Vom Vorstand des holländischen Möbelarbeiter-Verbandes wird uns mitgeteilt, daß viele deutsche Arbeiter dort hinkommen, die aber eine schwere Enttäuschung erleben. Die Arbeitslosigkeit ist auch in Holland sehr groß. Überdies ist es auch in Holland üblich, daß der Arbeiter kein Werkzeug mitbringt. Unter diesen Umständen muß vor der Reise nach Holland dringend gewarnt werden, denn es ist so gut wie ausgeschlossen, dort Arbeit zu finden.

Eine Enttäuschung erleben die deutschen Kollegen in Holland auch insofern, als sie beim dortigen Verband Reichsunterstützung erwarten. Der holländische Möbelarbeiter-Verband zahlt keine Reichsunterstützung. Er zahlt seinen eigenen Mitgliedern nicht, kann sie deshalb auch deutschen Kollegen, die nach Holland kommen, nicht gewähren.

Gewerkschaftliches.

Die gewerkschaftliche Jugendarbeit.

Selt einigen Jahren haben sich in Deutschland die Bestrebungen der freigewerkschaftlichen Organisationen, die Jugend für den gewerkschaftlichen Gedanken zu begeistern, stark vertieft und erweitert. Es lag in der Entwicklung der Nachkriegszeit begründet, daß die Jugend für den so wichtigen Aufgabenkreis der Gewerkschaften nur sehr schwer zu gewinnen war. Es gab doch nach dem Kriege so hohe Aufgaben, so hohe Ziele, für die verständlicherweise sich gerade die junge Generation begeisterte, als daß man erwarten konnte, auch die Jugend würde sich aktiv in den Gewerkschaften betätigen. Je mehr die großen funkelnden Sterne hochspannender Ziele am Horizont verblähten, um so mehr gelang es, die Jugend in den Gewerkschaften zu tätiger Mitarbeit zu veranlassen.

Die Haupttätigkeit gewerkschaftlicher Jugendarbeit liegt in erster Linie in der Arbeit, die die älteren Gewerkschafter für die Jugend leisten. Tarifliche Vereinbarungen für Lehrlinge und Jugendliche, Jugendschularbeit, Berufsausbildungsfragen, Schutz vor Ausbeutung, Beeinflussung der Umgebung zugunsten des Schutzes der Jugendlichen, das alles sind Dinge, deren Behandlung Erfahrung und Selt erfordern.

In der Erkenntnis, daß eine Jugendgruppe nur dann voll und ganz ihre Aufgabe erfüllen kann, wenn ein erfahrener älterer Gewerkschafter der Jugend mit seinem Rat dient, ist auf den älteren Zeiter, der die Voraussetzungen erfüllt, die für die Leitung der Jugend erforderlich sind, kein großer Wert gelegt worden. In der sozialistischen Arbeiterjugend war die Rolle, die ein erwachsener ausgereifter Führer zu spielen hat, bisher unstritten. Doch scheint auch jetzt in dieser großen Jugendorganisation sich ein Wandel vollzogen zu haben. Es heißt nämlich am Schlusse des letzten Jahresberichts: „Eine große Erfahrung unserer bisherigen Arbeit muß noch erwähnt und zur Beherzigung allen übermitteln werden. Wir sind allgemein zu der Einsicht gekommen, daß wir in unserer Arbeit doch weit mehr als bisher den erwachsenen Durchgebildeten Führer brauchen. Wir dürfen die Tragkraft der Jugend nicht überschätzen, die ja erst lernen und reifen soll. Es hat sich in den vergangenen Arbeitsjahren das Bestreben entwickelt, dieser Notwendigkeit Rechnung zu tragen.“

In der gewerkschaftlichen Jugendarbeit leiden wir an dem Mangel an geeigneten Jugendleitern. Diese zu finden und in unseren Mitarbeiterkreis einzureihen, muß eine unserer dringendsten Gegenwartsaufgaben sein.

Die Jugend selbst ist in den letzten Zeiten dem Rufe der gewerkschaftlichen Organisationen in immer stärkerem Maße gefolgt. Es zeigt sich, daß die Gewerkschaften doch auch eine größere Anziehungskraft auf die Jugendlichen ausüben können, nachdem der „Sturm der Welterneuerung von heute auf morgen“ vorbei ist. Ein untrüglicher Beweis sind die Jugendtage, die in immer größerer Zahl von den einzelnen Verbänden veranstaltet werden. Im vergangenen Jahr hatte unser Verband drei gut besuchte Jugendtage in Sachsen, Schleien und Bayern, in diesem Jahre einen in Schleswig-Holstein. Auch die Bezirksausschüsse des DGB, zusehender die jungen Gewerkschaftsmitglieder zu Tagungen zusammen. So fand am 10. und 11. Juli ein gewerkschaftliches Jugendtreffen für Rheinland und Westfalen in der schönen Stadt Düsseldorf statt. Der Bezirksausschluß hatte 6000 Abgesandten für den Jugendtag herstellen lassen, um jedem Teilnehmer eines Überreichen zu können. Aber die Zahl der Beteiligungen wurde gewaltig überschritten. Gegen 14000 Jugendliche waren vom Rhein und von der Mosel, von der Ruhr und der Saar, von der Weser und Wupper und über gekommen. Eine imposante Zahl. Sonnabend abend fanden sich die einzelnen Berufsgruppen zusammen. Unsere Holzschülerjugend versammelte sich im großen Saal des Volkshauses, der nicht füllt war. Hier sprachen unter Verhandlungsform, Kollege Tarnow, und im Anschluß Kollege Timm zu den Beteiligungen. Nach diesen Ausführungen formierte sich am Abend ein endloser Fackelzug. Der sich fröhlich durch die Straßen von Düsseldorf schlängelte, um zum Schluß über die großen Rheinbrücke in Oberkassel zu enden.

Sehr früh am Sonntag morgen zogen sich Tausende zum Völkervolk, um hier in einer großen Kundgebung für den Gedanken der Gewerkschaftsbewegung zu de-

monstrieren. Als Kollege Leipart die Kundgebung des Bundesausschusses an die Jugend verlas, folgte großer Beifall. Ein unvergesslicher Augenblick in dieser Kundgebung von 4000 Jugendlichen mit ihren vielen Wimpeln und Fahnen war die Rede des Kollegen Tarnow und das Ergebnis, das dieser der Jugend abnahm. Er schloß seine Rede mit folgenden Worten: „Die Schaffung eines gesicherten und menschenwürdigen Daseins für alle, die arbeiten, das ist die Aufgabe der Gewerkschaften. Unser Ziel ist die Befreiung der arbeitenden Klasse von wirtschaftlicher Ausbeutung und ihre gesellschaftliche Gleichberechtigung. Und nun frage ich euch, junge Kameraden, wollt ihr in diesem Sinne die Dienstpflicht anerkennen für eure Klasse, die Arbeiterklasse. (Begeistert antwortete die Jugend: Ja!)“

Seid ihr gewillt und bereit, in brüderlicher Kameradschaft mit euren organisierten Arbeitsgenossen in unverbrüchlicher Treue zur gewerkschaftlichen Organisation an unserem großen Werke mitzuarbeiten? (Wiederum lang es laut und begeistert: Ja!) Dann laßt uns dieses Bekenntnis durch ein gemeinsames und laut gesprochenes Gelöbniß bekräftigen. Ich bitte euch, von den Plätzen aufzustehen, den rechten Arm zu erheben und mit nachzusprechen:

„Wir wollen, daß die arbeitende Klasse frei werde von wirtschaftlicher Ausbeutung, daß sie gleich werde allen anderen Gliedern der Gesellschaft. Wir geloben brüderliche Kameradschaft allen, die mit uns verbunden sind, für die gleichen Aufgaben und das gleiche Ziel, unwandelbare und unverbrüchliche Treue der gewerkschaftlichen Organisation, die uns führen soll, und der wir dienen wollen.“

Der Nachmittag des Sonntag war der Beschäftigung der in Düsseldorf gegenwärtig stattfindenden großen Ausstellung für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Leibesübungen gewidmet. Abends zogen die Gruppen mit Gesang ihren heimatischen Orten wieder entgegen.

Diesem Jugendtage werden weitere folgen. Die Gewerkschaftsjugend rührt sich. Die Hoffnung der alten Kämpfer geht in Erfüllung. Es ist die Jugend da, die begeistert bereit ist, den stürmerprobten Fahnen der Gewerkschaften zu folgen.

Generalversammlung der Bergarbeiter.

Die in den Tagen vom 4. bis 8. Juli in Saarbrücken abgehaltene Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes hatte nicht nur Bedeutung für diese Gewerkschaft, sie war zugleich eine Kundgebung für das Deutschum des durch die Gewalt des Versailler Vertrages der französischen Verwaltung unterstellten Saargebietes. Aus dem Bericht des Vorstandsvorstandes geht hervor, daß auch der Bergarbeiterverband unter der Ungunst der Wirtschaftslage empfindlich gelitten hat. Die Mitgliederzahl, die im ersten Quartal 1924 noch 249 670 betragen hatte, ist bis zum ersten Quartal 1926 auf 187 723 zurückgegangen. Dieser Rückgang ist aber erklärlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß in den letzten Jahren etwa 322 000 Bergarbeiter abgelegt wurden. Der Übertritt der kommunistisch orientierten „Union“ hat dem Verband keinen nennenswerten Zuwachs gebracht. Die Union hatte wohl mit 100 000 Mitgliedern gepöhl, als aber vor einem Jahre wegen des Übertritts verhandelt wurde, stellte sich heraus, daß nur 7410 Mitglieder vorhanden waren, von denen 3799 ihren Übertritt vollzogen. Trotz der riesigen Arbeitslosigkeit haben sich die Lebensverhältnisse günstig entwickelt. Am Schlusse des Jahres 1925 betrug das Vermögen der Hauptkasse 3 629 513 M., und mit den Beständen in den Zahlstellen und Bezirken 4 323 942 M. Das ist erheblich mehr als im Jahre 1913, wo das Vermögen nur 3 207 861 M. betrug. Allerdings ist ein erheblicher Teil des Vermögens in Grundbesitz angelegt, dessen Anschaffung sich während der Inflation nötig machte.

Die vom Vorstand vorgeschlagene Statutenänderung wurde mit großer Mehrheit beschlossen. Einen großen Raum in den Verhandlungen nahm die Erörterung verschiedener wirtschaftlicher und sozialpolitischer Probleme ein. Unter den 150 Delegierten war eine etwa 25 bis 30 Mann starke Opposition vertreten, die für kommunistische Anträge bekannten Kalibers stimmte, im übrigen aber ziemlich harmlos war. Gegen die Entlastung des Vorstandes stimmten nur 14 Delegierte. Erwähnt sei die auf Antrag des Vorstandes

angenommene Entschliebung, die den Zusammenschluß aller im Bergbau und seinen Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter zu einem Bergbau-Industrieverband fordert.

Der Industriearbeiter-Verband in Solingen.

Solingen ist berühmt wegen seiner Stahlwarenindustrie. Bei der Herstellung der dort vorwiegend erzeugten Messer, Gabeln und Scheren herrscht von alters her eine weitgehende Arbeitsteilung und in überwiegender Maße Heimarbeit. Die Solinger Stahlwarenarbeiter waren schon immer politisch sehr rege. Es sei daran erinnert, daß Vassalle bei seiner Agitation im Solinger Industriegebiet große Triumphe feierte. Auch die gewerkschaftliche Organisation ist dort schon verhältnismäßig alt, die Organisationsform ist aber sehr lange auf der ursprünglichen Stufe stehen geblieben, was sich aber aus der Art der Produktion leicht erklärt. Solingen bildet sozusagen ein abgeschlossenes Industriegebiet; die Gründe, die anderwärts zur Bildung von Zentralverbänden zwangen, machten sich dort nicht im gleichen Maße geltend. Die Arbeitsteilung und die vorherrschende Heimarbeit führten zum Zusammenschluß in Fachvereine der einzelnen Branchen. Die konservativen Produktionsformen beeinflussten auch die Organisationsform der Arbeiter.

Der deutsche Metallarbeiter-Verband, der sich seit Anfang der neunziger Jahre um die Solinger Stahlwarenarbeiter bemühte, konnte unter ihnen nur schwer Fuß fassen. Es wurden heftige Kämpfe um die Organisationsform geführt. Einige Fachvereine traten zum Metallarbeiter-Verband über, die Mehrzahl schloß sich im Jahre 1906 zum Industriearbeiter-Verband Solingen zusammen, der mit 3500 Mitgliedern ins Leben trat; jetzt hat er etwa 5000 Mitglieder. Neuerdings haben wieder Verhandlungen zwischen den beiden Organisationen stattgefunden. Am 10. Juli fand nun unter den Mitgliedern des Industriearbeiter-Verbandes eine Urabstimmung statt, in welcher mit 1627 gegen 974 Stimmen der Anschluß an den Metallarbeiter-Verband beschlossen wurde. Dieser Zusammenschluß, der einem jahrzehntelangen Gewerkschaftsstreit ein Ende macht, ist erfreulich. Die Verhältnisse haben sich auch in der Solinger Industrie mit der Zeit geändert und damit auch die Voraussetzungen, die seinerzeit für die Organisationsform bestimmend waren. Die Arbeiter der Solinger Stahlwarenindustrie brauchen von ihrer Eigenart nichts aufzugeben, aber sie haben nun in dem großen Metallarbeiter-Verband einen starken Rückhalt bei der Verfolgung ihrer gewerkschaftlichen Ziele.

Literarisches.

Alle nachstehend angezeigten Bücher können durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G.m.b.H., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

Die Bedeutung kolonialer Eigenproduktion für die deutsche Volkswirtschaft. Von Dr. Barnard, Oberregierungsrat im Preussischen Staatsarchiv Landesamt, Berlin: Kolonialwirtschaftliches Komitee, Berlin W 35. — Der Wert der Kolonien für Deutschlands Wirtschaft ist fast ungenutzt geblieben. Aber auch die Grenzen der Kolonialpolitik haben die Bedeutung der Kolonien durch den Versailler Vertrag als Unrecht empfunden. Der Verfasser des Buches bemüht sich, die wirtschaftliche Bedeutung der Kolonien an Hand reicher statistischer Materialien zu schildern. Damit soll die Bewegung für die Wiederherstellung des Anrechts gefördert werden, das Deutschland ausüben sollte durch die Übertragung des Mandats über die Kolonien an die Siegerländer im Weltkrieg.

Geschichte des Tanzes. Von Dr. John Schilowski. — Dieses kulturgeschichtliche Werk ist in der gewählten vornehmen Ausstattung von der Völkervolk in Berlin herausgegeben. — Die Bücherreihe „Die Gutenberge“, Berlin SO 16, Dreifurdestraße 5, ist eine Ausnahmestellung, die für ein Einzeltitel von 75 Pf. und einen jährlichen Beitrag von 12 M. (monatlich 1 M.), vier gute Bilder illustrieren. Autoren in Danzweiler pro Jahr 1926. Rücksendung erlischt monatlich eine Zeitschrift gratis für die Mitglieder. Der Eintritt kann jederzeit erfolgen.

Die Büchermarkte. Zeitschrift für sozialistische Buchkritik. Mit Beilage „Arbeiterbildung“. Herausgegeben vom Reichsausschluß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3. — Das Jahrbuch enthält einen längeren Aufsatz von Prof. Heinrich Cunow über „Arbeitsgeschichte“. Neben zahlreichen Besprechungen aus den verschiedenen Gebieten bringt das Heft 2 Abbildungen von Richard Weimann über „Die Vorbereitung unserer Winterarbeit“ und eine Vortragsdisposition für die Verfassungskonferenz von Alvin Seaman. — Die Büchermarkte kann zum Preise von 1,50 M. für das Berichtsjahr abonniert werden. Die Einzelnummer kostet 75 Pf.

Die Gemeinde. Sozialwissenschaft für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Verlag J. B. Metz Nachf., Berlin. Bezugspreis monatlich 30 Pf. — Die Zeitschrift bringt reiches Material aus allen Zweigen der Kommunalpolitik und ist ein wertvoller Ratgeber für alle Gemeindevertreter.

Bericht der freigewerkschaftlichen Jugendzentrale des Deutschen Reiches Berlin des DGB. Berichtsjahr 1925. Organisationspreis 10 Pf.

Springe ...
Kalpler ...
Fachschule ...
Kollegen! ...

Hobelbänke
 In Qualität, Form, beste gelb. Pech, Eisenst., sämtl. Größ. 2 m la. 50 M.
Karl Ramisch, Pirna, Gartenstr. 4.
Geim- u. Furnieröfen
 Fertige als Spezialität (Dampfgeräts)
Gebr. Bettinger, Erzberg J. B. 1

Tischlerschule
Blankenburg am Harz
 Ausbildung als Meister, Techniker u. Innenaarchitekt, Programmierg., Plöckp.
Engl. Bildhauer-Werkzeuge
 Verlangen Sie sofort neue Preise.
Tischler-Werkzeug-Neuheiten.
Otto Borgmann,
 Berlin-Lichterfelde-West.

Hobelbänke,
 200 cm Blattlänge, 4 cm Breite, 10 cm Stärke, mit deutschen Zangen und Stahlspindeln, 4 Bauhakenlöchern in der Hinterkante, Hart u. Bestell aus stark beschliffen, a 6 M., einschli. Verpack. frei je 2 Stücken. Preise von Werkzeugen bez. 20 Pf. Briefm.
M. Walther, Abr. Werkzeugfabrik,
 Dresden 22, Rehfelder Str. 53.

Tischlergesellen und Tischlerlehrlinge
 wollt ihr auf der Höhe bleiben oder euch zur größten Vollkommenheit durchringen — so müßt ihr wissen:
DER JUNGE TISCHLER
 Seine Erziehung zu wahrhaftigem u. schönem Schaffen von M. HEIDRICH und H. WEBER
 Zweite, erweiterte Auflage
 darf in eurer Bibliothek nicht fehlen
 Preis für Mitglieder des Verbandes 5 Mark, durch den Buchhandel bezogen 8 Mark
 Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, G.m.b.H., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2 :: Moritzplatz 147 19-20

A. BLUNCK: SOEBEN ERSCHIEN:
Das Gestalten der Tischlerarbeiten
 Ein Lehrbuch für das Fachzeichnen und das Gestalten der Bautischlerarbeiten und der Möbel
 In 2 Bänden geb. 12 M. Für Verbandsmitglieder beim Bezuge durch die Verlagsanstalt 9 M.
Teil II: Die Konstruktion und die praktische Form
 Das Material, Die Holzverbindungen, Das Furnieren, Das Polieren, Fußböden, Türen und Tore, Fenster, Tür- und Fensterelemente, Treppen, Wandverkleidungen, Deckenverkleidungen, Stimmstühle, Tische, Bänke, Bettgestelle, Kastenmöbel, Söhränke, Sägeel. — Mit 917 Abbildungen.
Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2 • Postscheck: Berlin, Nr. 28397 (Deutscher Holzarb.-Verband)